

Hofnagel legt Widerspruch ein

06.07.2011 - TAUNUSSTEIN

PARLAMENT Beschlüsse zur Nordwesttangente und zum Bürgerbegehren in Taunusstein noch einmal auf der Tagesordnung

(mg). Bürgermeister Michael Hofnagel (CDU) gehe weiter zur neuen Koalition auf Konfrontationskurs. Nur so sei es zu verstehen, dass Hofnagel nun gegen drei wesentliche Beschlüsse der jüngsten Stadtverordnetenversammlung Widerspruch gemäß Paragraf 63 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) eingelegt habe, heißt es in einer Pressemitteilung der Taunussteiner SPD-Fraktion. Dies hatte Stadtverordnetenvorsteher Alexander Ahnelt (SPD) den Fraktionsvorsitzenden des Stadtparlaments mitgeteilt.

Es gehe hierbei um den Beschluss zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Bürgerbegehrens, der Sperre der Haushaltsmittel Verkehrsentwicklungsplan (gemeint sind Planungen zur Nordwest-Tangente) und der Bau von Umgehungsstraßen (ebenfalls hauptsächlich Tangente). Die Sozialdemokraten äußern sich „entsetzt“ darüber, dass der Bürgermeister die Beschlüsse, gemeinsam von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP gefasst, schon zu Beginn der neuen Wahlperiode nicht akzeptiere. „Gemeinsam mit den Bürgern haben wir vor der Wahl für eine Mehrheit gegen die Tangente gekämpft und selbst jetzt werden unsere Beschlüsse mit Füßen getreten“, heißt es aus dem Vorstand der Partei.

Die Bürger Taunussteins hätten bei der Kommunalwahl mit ihrem Votum für eine neue Mehrheit vor allem auch gegen die Tangenten-Pläne der CDU gestimmt. Insofern missachte der Bürgermeister Hofnagel ebenso wie die CDU „eklatant“ das Wählervotum. Gemeinsam mit dem CDU-Vorsitzenden Sandro Zehner versuche Michael Hofnagel, die Beschlüsse der neuen Mehrheit zu umgehen und die Taunussteiner Stadtverordnetenversammlung zu „chaotisieren“. Zehner, der die Interessen seiner Partei über die Interessen der Stadt stelle, müsse endlich zur Vernunft kommen und seine Rolle in der Opposition finden, fordert die SPD weiter.

So habe die CDU bei der letzten Sitzung der Taunussteiner Stadtverordnetenversammlung vor der Abstimmung über die umstrittene Tangente sogar den Saal verlassen, um die Beschlussunfähigkeit der Versammlung herzustellen und so den Beschluss über die Tangente zu verhindern. Nachdem dies nicht gelungen sei, komme nun der CDU-Bürgermeister mit der „juristischen Keule“. „Wir fordern den Bürgermeister auf, sofort seinen Widerspruch zurückzuziehen und endlich die neue Mehrheit zu akzeptieren, so die SPD in ihrer Pressemitteilung.

Stadtverordnetenvorsteher Alexander Ahnelt hat die drei Anträge, gegen die der Taunussteiner Rathauschef Widerspruch eingelegt hat, nun noch einmal auf die Tagesordnung der Sondersitzung der Taunussteiner Stadtverordnetenversammlung am 11. Juli im Bürgerhaus in Hahn gesetzt.